

Nur eine verstärkte Deregulierung und eine reduzierte Anspruchshaltung können den Anforderungen der Gegenwart gerecht werden

Neue Sozial- und Wirtschaftspolitik

Gerhard Preyer

Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland steht weiterhin vor einer Bewährungsprobe. Sie wird nur durch eine nachhaltige Restrukturierung nicht nur der Wirtschaftsunternehmen, sondern auch der öffentlichen Verwaltung zu bewältigen sein, somit durch eine Neubewertung der Staatsaufgaben. Darüber darf man sich gegenüber der ideologisierten Rhetorik in der öffentlichen Austragung der Interessenskonflikte nicht täuschen lassen. Es wird wesentlich von der Lernfähigkeit des deutschen Wirtschaftsmodells abhängen, inwieweit ein wirtschaftliches Wachstum der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu erwarten sein wird. Von der Bewältigung der an den deutschen Standort gestellten Anforderungen wird der weitere ökonomische Erfolg eines zweiten „Modells Deutschland“, nach der Sozialen Marktwirtschaft, abhängen. Die Anforderungen an dieses Modell eröffnen die Perspektive auf die erforderliche neue Wirtschafts- und Sozialpolitik. Beides gehört zusammen.

Das beginnende Zeitalter der Globalisierung bedeutet das Ende des Keynesianismus und der Wilson-Ära. Es bedeutet gleichzeitig das Ende der „Vereinten Nationen“ als Hoffnungsträger der Überzeugung, dass all-

gemein verbindliche politische Regelungen in einer Weltgesellschaft durchzusetzen seien. Wohlstand und Sicherheit der Bürger der westlichen Gesellschaften werden nicht mehr mit den seit dem Zweiten Weltkrieg erfolgreichen Modellen herzustellen sein. Dies belegt die erfolgreiche Reorganisation der Wirtschaft der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Niederlande.

Solidarische Gemeinschaft und sozialer Ausgleich

Wir erleben das Ende des Keynesianischen Gesellschaftsmodells und seiner Wirtschaftspolitik. Wirtschaftliche Stabilität und damit Wohlstand werden nicht mehr durch staatliche Subventionen von Unternehmen und staatliche Beschäftigungsprogramme zu erreichen sein. Das war die politische und wirtschaftliche Strategie eines Keynesianischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells nach dem Zweiten Weltkrieg. Insbesondere wird die „deutsche Ideologie“ der Anspruchsgesellschaft damit zu konfrontieren sein, dass wir die „Ansprüche“ auf den „Prüfstand“ stellen. Viele Probleme werden durch diese Ansprüche hervorgeru-

fen; die „Gleichheit der Chancen“ zum Beispiel wird in einem globalen Weltsystem nicht zu verwirklichen sein. Die Orientierung an diesem Anspruch führt gerade zu den Wünschen, die so nicht zu erfüllen sind. Entgegen der Lehrmeinung von John M. Keynes wird die Orientierung an einem „tiefen Realzins“ und „tiefen Lohnkosten“ wieder von zentraler Bedeutung für das Wirtschaftswachstum werden. Den klassischen Arbeitsmarkt wird es in Zukunft nicht mehr geben. Hiervon ist das übliche und uns als selbstverständlich geltende Modell der Tarifpolitik betroffen. Die Herausforderungen des neuen Arbeitsmarktes sind ihrerseits durch die weltweite Vernetzung und die neuen Qualifikationen der Mitarbeiter entstanden. Die Arbeitszeit wird nicht weiter verkürzt werden können; gleichzeitig ist nicht damit zu rechnen, dass eine lebenslange Beschäftigung bei nur einem Unternehmen der Regelfall sein wird. Dies bedroht die etablierten Solidar- und die Bürgergemeinschaften als Regulativ des sozialen Ausgleichs. Entscheidend wird es sein, ob die heranwachsenden Eliten für einen sozialen Ausgleich einen Kompromiss finden werden. Auch diesbezüglich sind Bedenken angebracht.

Die Entwicklung einer Solidargemeinschaft war das Ergebnis von nationalen Bürgergemeinschaften. In Deutschland wurde sie durch die Institutionalisierung eines sozialen Kompromisses durch die christlichen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg herbeigeführt. Dieses „Modell Deutschland“ der alten Bundesrepublik galt als Vorbildlich für eine Institutionalisierung des sozialen Ausgleichs. Bereits seit den siebziger Jahren verschärften sich, ausgelöst durch die Reformen der sozial-liberalen Koalition, die Verteilungskämpfe. Die deutsche Wirtschaft fing an auf einem hohen Niveau zu

stagnieren. Der verfehlte Aufbau von Überkapazitäten in den achtziger Jahren und die fehlende Konzentration auf die Kernkompetenz der deutschen Unternehmen – eine Orientierung, die zeitbedingt war – führten seit Anfang der neunziger Jahre zu der Restrukturierung der deutschen Wirtschaft, in der wir uns immer noch befinden.

Aushöhlung des Ausgleiches

In der Folge der gesetzlichen Anerkennung der Mitbestimmung und der Wellen von demokratischen Partizipationsbewegungen seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ist der soziale Kompromiss durch die von ihm selbst ausgelöste Dynamik ernsthaft gefährdet. Diese führte dazu, dass der Ausgleichsmechanismus des Sozialstaates ausgehöhlt wurde. Der zusätzliche Missbrauch durch Wirtschaftsasylanten seit den achtziger Jahren und der politische Verzicht und fehlende Mut, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen – auch von großen Teilen der christlichen Kirchen – ließen eine Situation entstehen, in der Sozialstaat kaum mehr finanzierbar ist. Die Schadensbegrenzungen durch das neue Asylgesetz konnten dem zwar entgegenwirken, dennoch war damit die Ausgangslage nicht mehr zu korrigieren. Einschnitte bei den Sozialleistungen und Sozialabgaben werden letztlich nicht zu vermeiden sein. Wir haben uns in Deutschland der Herausforderung zu stellen, den Sozialstaat umzubauen, soll seine Errungenschaft erhalten werden. Wir bewegen uns zudem auf eine Gesellschaft zu, die – historisch zum ersten Mal – von den Alten dominiert werden wird. Die Erwartungen gehen mittlerweile dahin, dass in den industrialisierten Ländern im Jahre 2025 die über 65jährigen die Mehrheit der lebenden Menschen sein werden. Zwar sollte der Ge-

nerationenvertrag in der Rentenversicherung nicht vollständig aufgegeben werden – was wiederum langfristig nicht ausgeschlossen werden kann –, eine private Vorsorge für Alter und Ruhestand wird von allen Beschäftigten langfristig nicht zu umgehen sein. Das amerikanische Modell der Rentenfonds wird sich auch in Europa durchsetzen. Eine Alternative zu dem Generationenvertrag könnte das langfristige Aktiensparen sein. Gehen wir davon aus, dass die Lebenserwartung noch weiter steigt, so könnte jeder, der eine Aktie anlegt, durch eine Sparquote von sechs Prozent – etwa 200 D-Mark im Monat pro Arbeitnehmer – für ein Alterseinkommen von siebzig Prozent des durchschnittlichen Nettolohnes vorsorgen. Sofern Vermögensbildung staatlich gefördert wird, so sollte, wie bei den Rentenformen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und mittlerweile in Frankreich, dem langfristigen Aktiensparen der Vorrang eingeräumt werden. Davon würde der deutsche Aktienmarkt profitieren und ein Schub in der Performance-Orientierung der Unternehmen ausgehen.

In Deutschland neigt man, durch geschichtliche Entwicklungen bedingt, dazu, die Hilfe für Arme, nicht mehr erwerbsfähige Kranke, für sozial in Not Geratenen dem Staat anzulasten. Es ist aus unserer heutigen Sicht fraglich, ob dieses Modell in jeder Hinsicht überlebensfähig ist.

Ein Kernbereich für das Notwendigste sollte eine staatliche Aufgabe bleiben, aber es bedarf eines Ausgleichs durch private Initiativen. Hier sind die Möglichkeiten und die Bereitschaft des Helfenwollens nicht ausgeschöpft, sei es durch Wohltätigkeitsveranstaltungen, durch Bürgerinitiativen als auch durch die Kirchen. Wir benötigen in diesem Bereich eine Mobilisierung und eine neue Flexibilität.

Der Standort Deutschland wird nur dann konkurrenzfähig sein, wenn eine neue innovative Stufe staatlicher Förderung der Zukunftstechnologien betreten wird. Dazu gehört eine Beendigung der Subventionen für nicht mehr überlebensfähige Industrien, zum Beispiel Bergbau, Werften und unwirtschaftliche Unternehmen, um Verluste zu kompensieren und Entlassungen zu begegnen. Vielleicht sollte man ausländische Unternehmen in Deutschland an den staatlichen Subventionen für technologische Entwicklung beteiligen, sofern sie sich dazu verpflichten, Forschung, Entwicklung und Herstellung in Deutschland zu betreiben und deutsche Wissenschaftler und Ingenieure (Techniker) zu beschäftigen.

Bedingungen für Investitionen

Die Antwort auf diese Situation und die Problemlösungsstrategie können nur darin bestehen, dass die deutsche Wirtschaft genügend zur Weltwirtschaft beisteuert, um den Wohlstand der Beschäftigten zu gewährleisten. In Japan und in den Vereinigten Staaten werden die Unternehmen von Veredelungsprodukten und der High-Tech-Bereiche durch staatliche Innovationsförderung motiviert, zum Beispiel steuerliche Erleichterungen, Zulagen für Forschung und Entwicklung und gezielte staatliche Beschaffungspolitik. In Deutschland dagegen werden einzelne Wirtschaftsbereiche, zum Beispiel die chemische Industrie, durch Innovationshemmnisse bedroht. Dies wirkt sich umso fataler aus, da die Innovationen in diesem Bereich Grundlage und Auslöser von Innovationen in anderen Wirtschaftsbereichen sind.

Erst innovationsfreundliche Rahmenbedingungen erlauben Konkurrenzfähigkeit in ei-

nem globalen Wettbewerb. Die vom Bundeswirtschaftsministerium und vom Bundesforschungsministerium eingeleiteten Schritte zur Innovationserleichterung sind ein erster Hinweis für eine Verbesserung der Rahmenbedingung des deutschen Standorts. Dazu gehören weitere Initiativen und die Realisierung der Gesetzesvereinfachungen, wie sie von dem Rat der Europäischen Union mit der Arbeitsgruppe „Molitor-Kommission“ eingeleitet wurden, die von einer „Deutsch-Britischen Deregulierungsgruppe“ unterstützt wird. Die Vereinfachungsvorschläge betreffen das Transport-, das Wirtschafts-, das Sozial-, das Haftungs- sowie das Stoff- und Produktrecht. Vorrangig ist ein radikaler Abbau von gesetzlichen Einschränkungen für Selbstständige. Als Hemmnis wirken sich aber auch die ständischen Reste der Gewerbebeschränkungen aus. Auch in diesem Fall bedarf es einer Deregulierung.

Ein Entwicklungsschub für deutsche Unternehmen würde durch eine Flexibilisierung der Tarifpolitik ausgelöst werden. Der flächendeckende Tarifvertrag hat sich mittlerweile als eine unzeitgemäße Regelung erwiesen. Er kann der veränderten Situation der deutschen Unternehmen im europäischen und globalen Wettbewerb nicht mehr gerecht werden. Diese Tatsache jedoch wird die Rhetorik über seine sozialen Errungenschaften kurzfristig nicht zum Verschwinden bringen. Sie verdanken sich einer Wirtschaftsepoche, die heute bereits nicht mehr besteht. Die Weichen sind schon in eine andere Richtung gestellt. Allgemeine Normierung von Arbeitsverhältnissen wird es immer weniger geben und sie wird sich in Zukunft auf die Setzung allgemeiner Rahmenbedingungen beschränken. Bei den Gewerkschaften sind erste Anzeichen zu erkennen, dass sie sich auf die

veränderte Situation einzustellen beginnen.

Erforderlich sind eine flexible Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, das heißt Teilzeitarbeit, befristete Anstellungsverträge, flexible Arbeitszeiten und die Einführung einer Wochenarbeitszeit, das heißt eine Beendigung der Politik der Arbeitszeitverkürzung und eine erfolgreiche Verringerung des Krankenstands. Die Kompetenzen des traditionellen Facharbeiters reichen für ein modernes Unternehmen nicht mehr aus. Er sollte sich darauf einstellen, dass sein Arbeitsplatz schnell gestrichen oder die Herstellung beispielsweise nach Taiwan verlagert wird.

Man sollte bedenken, dass sich die Mitarbeiter bei Kooperationsangeboten über zu entwickelnde „Konzepte“ zur Zukunft eines Unternehmens oft nicht verweigern. Es bedarf zudem einer Beschleunigung der Herstellungs- und Rüstungszeiten: Eine mit moderner Technologie betriebene Fabrik darf nicht stillstehen; sie erfordert eine Wochenarbeitszeit.

Öffnung der Lohnstruktur

Der Arbeitslosigkeit wird nur dann erfolgreich begegnet werden können, wenn – insbesondere für den Dienstleistungsbereich – eine Öffnung der Lohnstruktur nach unten durchgeführt wird. In den Vereinigten Staaten hat sich zum Beispiel der *Earned Income Tax Credit*, das heißt ein Kombi-Lohn, ergänzt durch zusätzliche Transfereinkommen nach der Art der negativen Einkommenssteuer, als Schritt aus der Verarmung durchaus bewährt.

Die richtungweisenden Innovationen gehen mittlerweile von einer technologischen Basis und Entwicklung aus, die von den klassischen Energiequellen und ihrer Nutzung

weitgehend unabhängig sind. Es sind dies die Entwicklungssprünge in der Anwendung der Mikrosystemtechnik, der Kommunikations- und Informationstechnologien und der so genannten *Life Sciences*, einschließlich ihrer bio- und gentechnologischen Anwendung. Damit geht eine zunehmende Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung einher, von der die wirtschaftlichen Innovationen ausgehen. Ein globales Wirtschaftssystem wird verstärkt auf einem Wissenssystem basieren, das heißt, es erfolgt eine Restrukturierung und Reorganisation des Austauschs zwischen dem Wirtschaftssystem und den Wissenszentren. Es besteht dabei die Anforderung, Forschungsergebnisse möglichst früh in wirtschaftliche Entwicklungsprojekte zu überführen. Dazu gehört die Ausprägung eines konzeptuellen und strategischen Denkens, das mit komplexen Problemen methodisch umzugehen vermag. Ohne Investitionen in die modernen Technologien wird ein Wirtschaftswachstum in Zukunft nicht mehr möglich sein. Für Deutschland bedeutet dies eine grundsätzliche Restrukturierung des Universitätensystems.

Grenzen der Multikulturalität

Über Multikulturalität ist in den letzten Jahren viel gestritten worden, ohne dass dabei die zu bewältigende Situation immer klar im Blick stand und die erkennbaren Folgen für die Betroffenen ernsthaft genug erwogen wurden. Das lag an der Ideologisierung und Rhetorik der hier vertretenen Positionen. Zur Restabilisierung der durch Migrationen nach Europa entstandenen Bevölkerungssituation ist es jedoch geboten, dass Europa nicht weiter zu einem Einwanderungskontinent herbeigeredet wird. Von ihrer historischen Entwicklung her gesehen

waren die europäischen Gesellschaften bis in die fünfziger Jahre, das Gegenteil, nämlich Auswanderungsgebiete. Vielleicht werden sie es in den nächsten zwanzig Jahren wieder. Dies ist eine Einsicht, die zum Beispiel Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien bereits umgesetzt haben, und ein Gebot sozialer Verantwortung. Die Grenzen können nicht für die zu erwartenden Emigrationswellen offen bleiben. Wer dies fordert, dem muss eine soziale Verantwortung abgesprochen werden. Die Migrationsforschung vermutet, dass die Maghreb-Region von Nordafrika (Algerien, Tunesien, Marokko) und Osteuropa für die Westeuropäer eine ähnliche Situation hervorrufen, wie Mexiko für die Vereinigten Staaten. Wir müssen uns eingestehen, dass der amerikanische Traum der *Great Society*, das Leitbild des amerikanischen Präsidenten Lyndon Johnson in den sechziger Jahren, und eine sich harmonisch entwickelnde multikulturelle Gesellschaft gescheitert sind.

Gerade am Beispiel der Vereinigten Staaten ist ersichtlich, dass die Sozialphilosophie des *Melting Pot* letztlich nicht erfolgreich war, obwohl es die amerikanische Gesellschaft darin am weitesten gebracht hat. Ihn wird es, in einer nüchternen Auswertung unserer Erfahrungen, so nicht geben. Dies weiß man heute. Im Gegenteil, wir müssen uns auf ethnische Differenzierungen und diesbezügliche Aggressionen und Konflikte – auch in Deutschland – einstellen. Der Verschmelzung der Ethnien und ihrem friedlichen Nebeneinander sind erkennbare Grenzen gezogen. Jeder, der Großstädte in Ballungszentren, nicht nur in der westlichen Welt, kennt, ist damit vertraut. Eine multiethnische Gemeinschaft wäre nur unter der Voraussetzung möglich, dass ihre Mitglieder bereit und in der Lage wären, ihre

Herkunft immer mehr zu vergessen. Die Realität beweist das Gegenteil. Die Herausforderungen für Deutschland und Europa werden sich in immer neuen Konstellationen stellen, die wir nicht voraussehen können. Die europäischen Regierungen müssen in ihrer Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik fortfahren. Nur dieser Umbuch wird das erforderliche Wirtschaftswachstum herbeiführen, das dem sozialen Ausgleich zugute kommen wird. Nur in diesem Rahmen ist zu erwarten, dass auch eine einheitliche europäische Währungsunion die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen fortlaufend erhöhen wird. Die Erhaltung des Solidaritätsnetzwerkes ist nur durch wirtschaftliches Wachstum möglich und wird weiter davon abhängig bleiben. Das Gesellschaftsmodell der alten Bundesrepublik wird dagegen nicht auf Europa übertragbar sein. Hier stehen wesentliche Abstriche bevor. Auf dem Ist-Stand haben die niedrigen Investitionen in Deutschland das Wirtschaftswachstum verlangsamt und verhindert. Dies ist der staatlichen Übersteuerung und dem durch den Wertewandel der deutschen Nachkriegsgesellschaft geschuldeten Anspruchsdenken ohne Gegenleistung sowie seiner Ideologisierung zu verdanken. Der Mut zu Deregulierungen könnte Deutschland mittelfristig wieder zu einem anziehenden Investitionsland werden lassen. Dies gilt für die ansässigen aber auch

für die weltweit operierenden Unternehmen. Die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft wird ständig wachsende Direktinvestitionen erfordern. Das gleiche gilt für Frankreich, das durch seine Exportwirtschaft geprägt ist. An erster Stelle einer neuen Wirtschaftspolitik hat sowohl eine weitere Fortführung der Liberalisierung des Welthandels, eine weltweite Anerkennung von Produktzulassungen als auch eine Beseitigung von anderen nichttarifären Handelshemmnissen und Zöllen zu stehen. Dazu gehört ein weiterer Abbau der noch bestehenden Hemmnisse im Kapitalverkehr. In einem globalen Wirtschaftssystem ist es unumgänglich, dass für die grenzüberschreitenden Investitionen und Technologien eine Rahmenordnung geschaffen wird, die geistiges und materielles Eigentum vor Missbrauch schützt, zum Beispiel durch das Patentrecht. Grundsätzlich müssen wir uns aber über eins im Klaren sein: Ohne ein weiteres Wirtschaftswachstum wird es viele Verlierer geben. Zur Abwendung einer solchen Fehlentwicklung gehört aber auch, dass der Bundeshaushalt weiter konsolidiert wird; mehrere Steuerreformen werden erforderlich sein. Es wird alles davon abhängen, ob wir in Deutschland eine neue Wirtschaftspolitik einleiten. Das wird nur durch einen für eine Deregulierung erforderlichen Einstellungs- und Organisationswandel gelingen.

Konservativ

Konservativ ist eine Vorfahrtsregel für das Bestehende, das sich nicht gegen das Neue absperrt, ihm aber die Beweislast überträgt, dass es besser ist als das Alte. Ohne die bewahrende Kraft des Konservativen wird die CDU zu einer Schickimicki-Zeitgeist-GmbH. Konservativ ist die Skepsis gegen eine Turbobeschleunigung.

(Norbert Blüm am 11. April 2000 in *Die Welt*)